

Europäische Parteien

Johanna Schmidt-Jevtic

Politische Parteien auf europäischer Ebene – so die offizielle Bezeichnung der europäischen Parteien – werden im Lissabonner Vertrag als ein wichtiger Faktor der Integration der Europäischen Union angesehen. Ihnen werden wichtige Funktionen zugesprochen: „Sie tragen dazu bei, ein europäisches Bewusstsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“¹ Inwieweit die europäischen Parteien tatsächlich diesem Anspruch gerecht werden, wurde in den letzten Jahren vermehrt diskutiert.² Organisiert als grenzüberschreitend kooperierende Bündnisse, sind europäische Parteien eher als „Kommunikationsforen ihrer nationalen Mitgliedsparteien“³ anzusehen als Verbindungsglied bzw. Transmissionsriemen zwischen europäischen Institutionen und Bevölkerung.

Die Rechtsgrundlage für europäische Parteien ist zum einen in Artikel 10 Absatz 4 des Vertrags über die Europäische Union sowie Artikel 224 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verankert. Zum anderen beinhaltet das Parteistatut⁴ die Finanzierungsvorschriften für europäische Parteien.⁵ Erfüllen politische Organisationen die geforderten Bedingungen, können sie finanzielle Unterstützung beim Europäischen Parlament (EP) beantragen. Mitte 2011 sind elf politische Parteien auf europäischer Ebene anerkannt und werden dementsprechend finanziell unterstützt. Neben den traditionellen Parteien – EVP, SPE, ELDR, EGP und EFA – sind folgende Parteien auf europäischer Ebene vom Parlament anerkannt: Europäische Demokratische Partei (EDP), EU-Demokraten (EUD), Partei der Europäischen Linke (EL). Im Jahr 2010 wurden die Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AECR) sowie die Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM), im Jahr 2011 die Europäische Allianz für Freiheit in die Reihen der anerkannten Parteien aufgenommen.

Europäische Volkspartei – EVP

Die EVP umfasst zurzeit 72 christdemokratische, konservative und andere Mitte-Rechts-Parteien als Mitgliedsparteien, assoziierte Parteien oder Parteien mit Beobachtungsstatus aus 39 Ländern. Die EVP-Fraktion stellt mit 265 Abgeordneten die größte Fraktion im EP.

1 Vertrag über die Europäische Union Artikel 10 Absatz 4.

2 Vgl. v.a. Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Stuttgart 2010; sowie Otto Markus Carstens: Europäische Parteien. Wirkungsvolle Akteure der Demokratie? Marburg 2009.

3 Vgl. Jürgen Mittag: Europäische Parteien im Wandel, in: APuZ, B. 23-24, 2009, S. 42.

4 Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene sowie Verordnung (EG) Nr. 1524/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2007 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2004/2003 über die Regelungen für die politischen Parteien auf europäischer Ebene und ihre Finanzierung.

5 Zudem werden vom Präsidium des Parlaments Durchführungsvorschriften erlassen: Beschluss des Präsidiums des Europäischen Parlaments vom 29. März 2004 zu der Verordnung Nr. 2004/2003, zuletzt geändert am 2. Februar 2011.

Auf dem satzungsgemäßen Kongress in Bonn vom 9. bis 10. Dezember 2009 wurde das Präsidium neu gewählt. Wilfried Martens (CD&V, Belgien) wurde als Vorsitzender bestätigt. Der frühere belgische Ministerpräsident hat seit 1990 das Amt inne. Über 1500 Delegierte aus 71 Parteien und 39 europäischen Ländern, sowie zahlreiche internationale Gäste haben an diesem von Bundeskanzlerin Angela Merkel geleiteten Kongress teilgenommen. Die wirklich imponierende Größe der Veranstaltung belegt die Bedeutung und den Anspruch der Partei die führende Kraft in Europa zu sein. Inhaltlich ist das wichtigste Ergebnis die Verabschiedung eines neuen Schlüsseldokuments „Die soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt“, dessen dort angeregten Maßnahmen die Erholung der europäischen Wirtschaft nach der ökonomischen und finanziellen Krise zum Ziel haben.⁶ Neben dem traditionellen Wunsch nach einem sicheren und geeinten Europa sowie der Stärkung und Stabilisierung der Wohlstands der Bürger, sind die Bewältigung des demographischen Wandels in den europäischen Gesellschaften und die Bekämpfung des Klimawandels die Eckpunkte der politischen Agenda der konservativen Europapartei. Die politische Debatte des vergangenen Jahres wurde bei der EVP wie auch vornehmlich bei den anderen Parteien von der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise sowie der europäischen Schuldenkrise geprägt.

Sozialdemokratische Partei Europas – SPE

Die SPE ist die Dachorganisation von 33 Mitgliedsparteien aus 28 Staaten,⁷ zwölf assoziierten Parteien und fünf Parteien mit Beobachterstatus. Poul Nyrup Rasmussen (SD, Dänemark) wurde auf dem 8. Kongress am 7.-8. Dezember 2009 in Prag als Vorsitzender der SPE wiedergewählt. Er hat das Amt seit 2004 inne. Innerhalb der europäischen Institutionen nimmt die SPE die Position der zweitstärksten Kraft ein: Sie stellt nach den Europawahlen im Juni 2009 184 Abgeordnete, sechs Kommissare sowie in nunmehr fünf EU-Mitgliedsstaaten Staats- und Regierungschefs. Der schwindende Einfluss ist unübersehbar. Nicht zuletzt deswegen wurde der Kongress in Prag als Startpunkt für eine generelle Debatte zu der Zukunft der „Neuen Linken im 21. Jahrhundert“ ausgerufen. Tatsächlich versuchen sich die europäischen Sozialdemokraten dahingehend zu öffnen, dass sie Basisvertretungen ein Forum bieten. „PSE activists“ ist ein Netzwerk von lose miteinander verbundenen Stadtgruppen, die v.a. in virtueller Form mitdiskutieren können, ihre Ideen und Vorschläge einbringen können und nicht zuletzt auch auf Kongresse eingeladen sind und dort direkt mitwirken können. Die wohl progressivste Idee mit dem Ziel mehr Demokratie einzuführen, ist den SPE-Aktivisten direkte Mitsprache bei der Kandidatenaufstellung für den Posten des Kommissionspräsidenten 2014 einzuräumen. Die Modernisierung ihrer Strukturen in eines der Ziele der SPE für die kommenden Jahre. Darüber hinaus versteht sich die SPE als progressive Partei des sozialen Fortschritts und sieht ihre politischen Prioritäten in der Überwindung der Beschäftigungskrise, bemüht darum Ungleichheiten und soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Die sozialdemokratische Agenda wird durch die Themenkomplexe Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Umweltpolitik, europäische Migration- und Integrationspolitik, Stärkung der Rolle Europas als Akteur auf der internationalen Bühne geprägt.⁸

6 Alle Dokumente siehe www.epp.eu/library.asp.

7 Das sind sozialdemokratische Parteien der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie aus Norwegen.

8 www.pes.org.

Europäische Liberale und Demokratische Reformpartei – ELDR

Die ELDR umfasst 55 Mitgliedsparteien. Seit Oktober 2007 ist Annemie Neyts-Uyttebroeck (VLD, Belgien) Vorsitzende der liberalen Partei. Wie schon in der vergangenen Wahlperiode bildet die ELDR zusammen mit der EDP (Europäische Demokratische Partei) die Fraktion „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), die nach den Wahlen im Juni 2009 mit 84 Abgeordneten die drittstärkste Kraft des EP stellt.

Die ELDR setzt ihre politischen Prioritäten für die zukünftige Entwicklung der EU vornehmlich in folgenden Politikbereichen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechte; EU-Binnenmarkt, Wachstum und Beschäftigung; Umwelt- und Energiepolitik. Weitere EU-Erweiterungsrunden werden von der ELDR ausdrücklich unterstützt. Auch verfolgt sie weiterhin das Ziel, eine europäische Verfassung zu verabschieden.⁹

Europäische Grüne Partei – EGP

Die EGP ist ein Parteienzusammenschluss aus 34 Mitgliedsparteien aus 29 Ländern und wird von zwei Co-Sprechern angeführt: Monica Frassoni (Föderation der Grünen, Italien) und Philippe Lambert (Ecolo, Belgien). Das Wahlmanifest der Grünen unter dem Motto „Green New Deal for Europe“ erfuhr auf dem 12. Ratstreffen in Barcelona vom 19. bis 21. März 2010 eine Weiterentwicklung und ist das neue programmatische Basisdokument der makroökonomischen und finanziellen Politik der europäischen Grünen.¹⁰ Neben den traditionell grünen Themen, wie der ökologisch nachhaltigen Entwicklung, einer Stärkung der Bürgerrechte und einer friedenssichernden Sicherheitspolitik, setzen sich die Grünen nun verstärkt für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, für eine Reform der europäischen Budget- und Geldpolitik sowie des globalen Finanzsystems ein.

Andere Europäische Parteien

Die Europäische Freie Allianz vertritt ethnische und regionale Parteien aus 16 Mitgliedsländern der Europäischen Union und konnte einen Zuwachs auf 40 Mitgliedsparteien verzeichnen. 2011 feiert die EFA ihr 30jähriges Bestehen. Die langjährige Präsidentin Nelly Maes (Spirit, Belgien) wurde auf der Generalversammlung der EFA 2010 in Venedig von Eric Defoort (N-VA, Belgien) abgelöst. Die EFA ist als pro-europäisch einzuordnen, die aber die derzeitigen Strukturen der EU kritisch sieht und sich für eine Dezentralisierung einsetzt, die auf einer Stärkung des Subsidiaritätsprinzips basiert. Sie versteht sich als Vehikel für ein basisdemokratisches Europa.¹¹

Die Europäische Demokratische Partei (EDP) hatte ihren Gründungskongress am 9. Dezember 2004 und ist ein Zusammenschluss kleinerer liberaler Parteien. Inzwischen vereint sie 12 Parteien und stellt nach der Wahl im Juni 2009 17 Abgeordnete im Europäischen Parlament. Die EDP versteht sich als traditionell liberale Partei, die sich für effizientere und demokratischere europäische Institutionen einsetzt. Zudem sehen sie die EU in der Verantwortung, eine führende Rolle in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik einzunehmen. Seit dem letzten EPD-Kongress im Dezember 2008 teilen sich Francois Bayrou und Francesco Rutelli den Vorsitz.¹²

9 www.eldr.org.

10 www.europeangreens.eu.

11 www.e-f-a.org.

12 www.pde-edp.net.

Die 2005 gegründeten EU-Demokraten sind ein Zusammenschluss aus Parteien, Organisationen aus dem NGO-Spektrum und Einzelpersonen aus zwölf EU-Ländern, die sich als eine „europarealistische Allianz“ verstehen. Unter dem Vorsitz von der ehemaligen irischen Grünenabgeordneten des EP, Patricia McKenna setzt sich die EUD vor allem für Transparenz der Entscheidungsstrukturen der Europäischen Union auf der Basis der Subsidiarität und für die Stärkung der Demokratie ein.¹³

Die Partei der Europäischen Linken (EL) wurde im Mai 2004 gegründet. Auf dem dritten Kongress der EL vom 3. bis 5. Dezember 2010 wurde Lothar Bisky (Die Linke) von Pierre Laurent (PCF, Frankreich) im Vorsitz abgelöst. Die EL besteht aus kommunistischen und sozialistischen 27 Mitgliedsparteien und elf Parteien mit Beobachterstatus.¹⁴

Im Oktober 2009 wurde die Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AECR) von den Mitgliedern der EP-Fraktion ECR gegründet. Parteivorsitzender ist MdEP Jan Zahradil (ODS, Tschechien). Mittlerweile vereinigt die AECR elf Mitgliedsparteien, u.a. die Konservative Partei Großbritanniens, die tschechische ODS und die polnische PiS unter dem Vorsitz Jaroslav Kaczynskis. Die AECR setzt sich für eine „radikale Reform“ der EU ein und bezeichnet sich selber als erste offizielle Opposition in der Geschichte des EP.¹⁵ Die Eckpunkte der europakritischen politischen Agenda finden sich in der „Prager Deklaration“ und leiten sich vornehmlich aus dem Wertekanon der konservativen Parteifamilie ab. Zudem werden die Prinzipien der Selbstverantwortung des Einzelnen, des schlanken Staates und der freien Marktwirtschaft vertreten.

Die Europäische Christliche Politische Bewegung (ECPM) ist ein Dachverband für nationale christliche Parteien, der sich bereits im Jahre 2005 registriert hatte und im Jahr 2011 den formalen Status einer europäischen Partei erhielt. Die ECPM sieht sich als eine politische Vereinigung christlichdemokratischer Parteien und Organisationen und vereinigt mittlerweile 19 politische Organisationen aus 14 Ländern Europas. Ausgangspunkt für die Gründung war die Konferenz „Für ein christliches Europa“ in Lakitelek, Ungarn im November 2002. Aus einer christlichsozialen Perspektive soll über christlichdemokratische Politik in Europa nachgedacht werden.¹⁶ Somit ist die ECPM mehr ein Forum zur transeuropäischen Verständigung über christliche Werte und deren Bedeutung in der heutigen politischen Realität als eine politische Vereinigung.

Jüngstes Mitglied in den Reihen der europäischen Parteien ist die Europäische Allianz für Freiheit. Die EAF wurde im Herbst 2010 gegründet, im Februar 2011 vom EP anerkannt und versteht sich als politische Plattform für europakritische Parlamentsmitglieder auf europäischer und nationaler Ebene.¹⁷

Regelungen und Finanzierung für europäische politische Parteien und europäische politische Stiftungen

Die heute gültigen Regelungen des Parteistatuts sind seit Januar 2008 in Kraft. Die reformierten Regelungen schafften eine verbesserte Grundlage für die Finanzierung der Parteien aus EU-Haushaltsmitteln und ermöglichten unter anderem mehr Flexibilität hinsicht-

13 www.eudemocrats.org.

14 www.european-left.org.

15 www.aecr.eu.

16 www.ecpm.info.

17 www.eurallfree.org.

lich der Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln auf das Folgejahr sowie die Möglichkeit Rücklagen zu bilden. Die Vorschriften legen fest, dass die europäischen politischen Parteien die Möglichkeit erhalten, 25 Prozent ihrer gesamten Jahreseinkünfte auf das erste Quartal des Folgejahres zu übertragen. Zudem ist es gestattet, aus dem, was sie über ihren Eigenanteil von 15 Prozent hinaus an Mitteln generieren, Rücklagen zu bilden. Im Interesse einer ausgewogenen Finanzierung sollen die Parteien Rücklagen von bis zu 100 Prozent ihrer durchschnittlichen jährlichen Einkünfte bilden dürfen. Bei darüber hinausgehenden Einkünften wird der Anteil der künftigen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln entsprechend gekürzt. Das Budget für die Finanzierung der europäischen Parteien betrug 2010 rund 11,1 Millionen Euro.¹⁸

Gleichzeitig mit der Reform der Finanzierungsregeln für die Parteien wurde auch die finanzielle Förderung von politischen Stiftungen auf europäischer Ebene möglich gemacht. Das Parteienstatut enthält konkrete Aufgabenzuweisungen, die eine Stiftung auf europäischer Ebene erfüllen sollte. So sind die Stiftungen Einrichtungen, die einer politischen Partei auf europäischer Ebene angeschlossen sind und durch ihre Arbeit die Ziele dieser politischen Partei auf europäischer Ebene unterstützen.¹⁹ Alle elf Parteien kooperieren mit politischen Stiftungen auf europäischer Ebene. Seit September 2008 hat das EP die Finanzierung der Stiftungen übernommen und hat im Jahr 2010 7,14 Millionen Euro bereitgestellt.²⁰

Neue Impulse in der Debatte um die europäischen Parteien kamen von Seiten des Europaparlaments Anfang April 2011.²¹ Das EU-Parlament schlägt in seiner verabschiedeten Resolution eine Reform der Regelungen für politische Parteien auf europäischer Ebene und deren Finanzierung vor. Vorrangiges Ziel ist eine bessere Förderung der Entstehung eines grenzüberschreitenden Parteiensystems in Europa. Zentrale Forderungen sind eine Neugestaltung des rechtlichen Status sowie eine Überarbeitung der Finanzierung. Der bisherige Status der Parteien als hauptsächlich in Belgien registrierte NGO's soll durch eine eigene Rechtspersönlichkeit der Parteien ersetzt werden. „Wir wollen von der Kommission, dass sie ein spezielles Rechtsstatut für europäische Parteien entwirft.“²² Die Hoffnung ist, dass die Parteien auch ihren im Lissabonner Vertrag verankerten Auftrag zur Herausbildung eines politischen Bewusstseins gerechter werden können. Zudem, durch ein transnationales Parteiensystem könnten die Bürger besser auf der EU-Ebene vertreten werden und letztlich dadurch könnte die Demokratie in der EU gestärkt werden. Die Parteien, aktuell vornehmlich als Dachorganisationen für nationale Parteien organisiert, sollen durch die Änderung des Statuts die Möglichkeit erhalten sich in vollkommene transnationale Parteien zu wandeln. Dazu müsste der neue Parteienstatus direkt auf europäischem Recht basieren und dies sollte auch für die europäischen Stiftungen gelten. Die Reformvorschläge sehen weitgehend die Beibehaltung der Regeln für die Anerkennung europaweit agierender Parteien vor. Diese sollen aber vom Anspruch auf finanzielle Unter-

18 Die Verteilung der finanziellen Zuwendungen an die europäischen Parteien wird auf der homepage des EP veröffentlicht: www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE.

19 Detailliert zu den Aufgaben der Stiftungen siehe den Themenbeitrag „Europäische Parteien“ im Jahrbuch der Europäischen Integration 2009.

20 Eine Auflistung der Stiftungen und deren Budget siehe: www.europarl.europa.eu/parliament/expert/staticDisplay.do?language=DE.

21 Vgl. Angenommene Texte vom 6. April 2011, www.europarl.europa.eu.

22 Pressemitteilung von Marietta Giannakous, EP-Abgeordnete und Berichterstatterin für den EP-Vorschlag, www.europarl.europa.eu/de/headlines/content/20110324FCS16438/2/html.

stützung getrennt begutachtet werden. So soll als Minimalvorgabe für finanzielle Unterstützung die Partei mindestens einen Abgeordneten im EP besitzen. Das ist aktuell bei der ECPM beispielsweise nicht der Fall.

Der Vorschlag beinhaltet auch eine Überarbeitung der Finanzierung für europäische Parteien, die mehr Flexibilität und Transparenz ermöglichen soll. Die bisherige Selbstbeteiligung der Parteien bei ihren Ausgaben von 15 Prozent soll auf 10 Prozent reduziert werden. Der restliche Anteil von 90 Prozent soll weiterhin durch EU-Gelder finanziert werden. Der Parlamentsvorschlag sieht zudem vor, bei gleichzeitiger Verschärfung des Strafmaßes bei Verstößen, dass die jährliche Spendenbeitragsgrenze von nunmehr 12.000 Euro auf 25.000 Euro erhöht wird.

Von ihrem Vorschlag versprechen sich die EU-Parlamentarier generell eine Stärkung der Demokratie. Werden die europäischen Parteien eigene europäische Rechtspersönlichkeiten und bekommen mehr Flexibilität bei der Finanzierung, können sie ihren Auftrag aus dem Lissabonner Vertrag, zur Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins beizutragen, besser erfüllen. Die Hoffnung jedenfalls besteht, dass mit der Reform des Rechtsstatus tatsächlich die Herausbildung eines transnationalen europäischen Parteiensystems vorangetrieben wird. Dies könnte auch eine positive Wirkung auf zukünftige Europawahlkämpfe haben, die bisher sehr von nationalen Themen dominiert waren.

Weiterführende Literatur

Björn Lindberg/Anne Rasmussen/Andreas Warntjen: *The Role of Political Parties in the European Union*, New York 2010.

Jürgen Mittag u. Janosch Steuwer: *Politische Parteien in der EU*, Stuttgart 2010.

Stefan Zotti: *Politische Parteien auf europäischer Ebene. Grundzüge der politischen und rechtlichen Entwicklung des europäischen Parteiensystems*, Baden-Baden 2010.